

Emanuel Richter

*Was ist heute
Politik?*

Merkmale,
Handlungsfelder,
Problemstellungen

Was ist heute Politik?

Emanuel Richter war nach Lehrtätigkeiten in den USA von 2000 bis 2020 Professor für Politische Wissenschaft an der RWTH Aachen. Seitdem ist er als Publizist sowie als Kommentator des politischen Geschehens in Fernsehen, Rundfunk und Presse tätig.

Emanuel Richter

Was ist heute Politik?

Merkmale, Handlungsfelder, Problemstellungen

Campus Verlag
Frankfurt/New York

Für Antonia und Julius, schon jetzt Mitgestalter der Zukunft

ISBN 978-3-593-51935-7 Print

ISBN 978-3-593-45857-1 E-Book (PDF)

ISBN 978-3-593-45856-4 E-Book (EPUB)

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernehmen wir keine Haftung für die Inhalte externer Links.

Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.

Copyright © 2024. Alle Rechte bei Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main.

Umschlaggestaltung: Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Satz: le-tex xerif

Gesetzt aus der Alegreya

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH, Bad Langensalza

Beltz Grafische Betriebe ist ein klimaneutrales Unternehmen (ID 15985–2104-1001).

Printed in Germany

www.campus.de

Inhalt

1. Was uns fehlt: ein umfassendes Verständnis der Politik	7
Die Ausgangslage – vage Vorstellungen und große Unzufriedenheit	7
Das Vorhaben – gewöhnliche und überraschende Bestandteile der Politik	16
2. Was wir für bedeutsam halten: Politik als Ordnung	27
Der Staat, das Recht und die Gesetze	27
Die Teilung der Macht	45
Der politische Betrieb und die Elemente seiner Ordnung	66
Das politische Personal und seine Kompetenz	88
3. Was uns unheimlich bleibt: Politik als Empfindung	109
Die Begegnung von Körpern	109
Das republikanische Gespür	127
Patriotismus – zwischen Zusammenhalt und Fremdenfeindlichkeit	142
4. Was wir unterschätzen: Politik als Teilhabe	161
Die Suche nach dem Volk	161
Politische Stellvertretung – die Anwesenheit und Abwesenheit des Volkes	179
Populismus – das falsche Versprechen	196

5. Was wir verharmlosen: Politik als Steuerung	217
Die Bändigung der Marktwirtschaft	217
Die Bewahrung vor dem Datenwahn	238
Die Entzauberung der »künstlichen Intelligenz«	258
6. Worum wir uns kümmern müssen: Politik als Gestaltungsauftrag .	277
Pandemische Bedrohungen und pandemische Politik	277
Erdpolitik	300
Der entschwundene Fortschritt – Krisen, Kriege und die neue Suche nach dem Verbindenden	321
Literatur	339

1. Was uns fehlt: ein umfassendes Verständnis der Politik

Die Ausgangslage – vage Vorstellungen und große Unzufriedenheit

Was ist heute Politik? Das ist eine einfach klingende Frage, die sich scheinbar leicht beantworten lässt. Jeder hat doch eine Vorstellung von den Merkmalen und Aufgaben der Politik, von ihrem Erscheinungsbild und von ihrem Stellenwert. Denkt man jedoch genauer über diese Frage nach, dann wird es schwierig. Prüfen Sie sich selbst: Was fällt Ihnen zu den charakteristischen Merkmalen der Politik ein? Vermutlich sind es Bestandteile wie der Staat, die Regierung, die Parlamente und andere politische Gremien. Sicherlich zählen Sie auch die führenden Politikerinnen und Politiker sowie die Parteien dazu, außerdem das politische Alltagsgeschäft mit all seinen Entscheidungen, Verhandlungen, Erklärungen, Stellungnahmen, Kommentaren, Konflikten und Streitereien. Vielleicht kommen Ihnen auch die vielen Beispiele eines Regierungsversagens in den Sinn: fehlende oder falsche Entscheidungen, abwegige politische Vorstellungen und Forderungen, eine mangelnde Kompetenz der Verantwortlichen, die Fehlbesetzungen von Führungspositionen, die Unaufrichtigkeit mancher Amtspersonen, eine dreiste Vetternwirtschaft oder eine schamlose Bestechlichkeit. Politik ist all das. Aber sie ist noch viel mehr. Die gängigen Verständnisse der Politik erweisen sich als unzureichend. Viele Bestandteile, die den Kern der Politik bestimmen und die hintergründig zum täglichen politischen Geschehen beitragen, werden übersehen, verkannt oder ganz verdrängt und damit nicht hinreichend gewürdigt. Den meisten von uns fehlt ein umfassendes Verständnis der Politik. Es überwiegen oberflächliche, einseitige und unzulängliche Einschätzungen. Man begnügt sich mit einem Halbwissen über die Politik, mit klischeehaften Vorstellungen. Oder man zeigt sich ahnungs-

los, fühlt sich überfordert und bringt der Politik pauschal und verächtlich nur Misstrauen und Missmut entgegen. Dann erscheint die Politik nur noch als eine Zumutung, als eine Herrschaftsgewalt, die sich eigenmächtig in die private Lebensführung drängt. Man begegnet schließlich der Politik mit bloßem Unverständnis.

Die wichtigen Bestandteile und Aufgaben der Politik müssen deshalb in aller Sorgfalt neu zusammengetragen und erläutert werden. Ohne ein umfassendes Verständnis der Politik können wir die entsprechenden Vorgänge weder treffsicher beurteilen, noch gehaltvoll kontrollieren, und erst recht nicht eifrig mitgestalten. Diesem Mangel abzuhelpfen, ist die Hauptaufgabe dieses Buches. Es soll als umfassender Leitfaden dienen und einen Überblick über die Frage geben: »Was ist heute Politik?« Ziel ist es, die wichtigsten Merkmale der Politik darzulegen und dabei mit verbreiteten Missverständnissen aufzuräumen, ihre angestammten und neuen Handlungsfelder zu beleuchten, und vor dem Hintergrund von gegenwärtig massiv erweiterten Problemstellungen ihre neue Bedeutsamkeit aufzuzeigen.

Die mangelhaften Kenntnisse darüber, was Politik eigentlich ist, führen zu zwei verbreiteten Verhaltensmustern, die beide dem Kerngehalt der Politik nicht gerecht werden: zu einer stillen, uninteressierten und entrückten Hinnahme des politischen Geschehens, oder zu einer erregten Anteilnahme, die nicht spart mit Empörung, Eifer und überzogener Kritik. Zu welcher Gruppe von Einstellungen zählen Sie selbst? Pflügen Sie eine verhaltene Dankbarkeit oder ein mildes Wohlwollen gegenüber den schwierigen Bemühungen um die öffentliche Organisation des Zusammenlebens? Sind Sie gar froh darüber, dass sich überhaupt jemand ums Regieren kümmert? Vielleicht sehen Sie sich überfordert, die schwierigen, komplizierten, manchmal unlösbar scheinenden Aufgabenstellungen der Politik zu begreifen und fühlen sich außerstande, daran als aufmerksamer Zeitgenosse oder gar als emsiger Mitgestalter teilzuhaben. Das wird Sie dazu bewegen, nur am Rande ihres Lebensalltags am politischen Geschehen Anteil zu nehmen. Sie werden vermutlich dazu neigen, sich aus der persönlichen Einmischung in den Lauf der politischen Ereignisse weitgehend herauszuhalten. Bestenfalls beteiligen Sie sich an den politischen Wahlen. Und wenn es sich gerade ergibt oder dramatische Ereignisse stattfinden, verfolgen Sie die Berichterstattung über die Politik in den Medien doch etwas ausführlicher als üblich – aber zumeist in der Haltung des Befremdens, der Verstörung, vielleicht auch des schlichten Unverständnisses. Eine solche Haltung bedeutet: Man zeigt sich zwar nicht zutiefst politikverdrossen, aber man bleibt gegenüber dem po-

litischen Geschehen doch gleichgültig und reserviert – obwohl vieles davon einen selbst unmittelbar betrifft. Man billigt der Politik zwar Bedeutsamkeit zu, aber man wähnt sich in der Rolle des Unbeteiligten.

Vielleicht gehören Sie aber auch zu jener Gruppe, die durchaus regen Anteil an der Politik nimmt. Dann zählen Sie immerhin zu der Mehrzahl an politisch aufmerksamen Menschen. Nationale wie internationale Studien zeigen, dass sich zwischen 60 und 80 Prozent der Menschen durchaus für das politische Geschehen interessieren (Wessely 2019; Wike u. a. 2021). Aber fast ebenso verbreitet wie dieses Interesse an der Politik ist die Unzufriedenheit mit ihr. Unter den jungen Menschen fällt diese Unzufriedenheit noch stärker aus als unter den Älteren, insgesamt nimmt sie zu (Wessely 2019). Das Vertrauen in das Leistungsvermögen der Politik schwindet. Dieser Vertrauensverlust entlädt sich in wachsenden Zweifeln an dem Erfüllungsanspruch eines zeitgemäßen Regierens. Nun schauen Sie sich um in ihrem Bekanntenkreis und in der Nachbarschaft: Sicherlich kennen Sie einige dieser Unzufriedenen, wenn Sie nicht selbst dazu gehören, und wissen aus Erfahrung, dass diese zu kraftvollen Urteilen über die Politik neigen – egal, wie viel sie davon verstehen. Das unübersichtliche Treiben des politischen Betriebs lädt in Verbindung mit der gespürten eigenen Betroffenheit offenbar immer ungestümer zu meinungsfreudigen Einschätzungen ein. Häufig stößt man auf eine verächtliche Missbilligung des politischen Geschehens, die sich bis hin zur Verachtung der Politik schlechthin steigert: zu viele Pflichten, Abgaben, Zumutungen und Regeln für die Bürgerinnen und Bürger, zu viele Ausgaben, zu wenig Erfolge, zu schlechtes politisches Personal, das nichts Überzeugendes zustande bringt, aber munter abkassiert. Die Politik erscheint manchen als lästige Einrichtung, geradezu als überflüssig. Aber immerhin zeigt man sich damit leidenschaftlich bewegt. Man ist gepackt vom politischen Geschehen, obwohl man es nicht gutheißt. Man ist unzufrieden, genervt, aufgebracht und zornig. Es herrschen Unverständnis, Enttäuschung, manchmal Fassungslosigkeit, Entsetzen und Wut. Im harmlosen Fall wird man bestürzt sein über die politischen Geschehnisse und Entscheidungen und belässt es bei der nachdrücklichen Bekundung von Missfallen. Vielleicht wird man noch voller trotzigem Selbstbewusstsein behaupten, man selbst könne vieles besser als die amtierenden Politikerinnen und Politiker. Im dramatischen Fall wird man die herrschende Politik energisch ablehnen und voller Tatendrang gegen sie aufbegehren. Das sind die Vorstufen zur politischen Revolte oder gar zum politischen Umsturz.

All diese Haltungen gegenüber der Politik, seien sie duldsam oder angewidert, begeistert oder enttäuscht, wohlwollend oder widerständig, machen eine Eigenschaft der Politik überdeutlich: Sie erweist sich, eingestandenermaßen oder unterschwellig, als höchst bedeutungsvoll. Die Politik besitzt einen hohen Stellenwert. Noch die schärfsten Kritiker und Verächter der Politik erbringen mit ihrer hingebungsvollen Ablehnung einen Nachweis dafür, dass die Politik die Menschen ganz unmittelbar berührt und zu bewegen vermag. Das häufige Klagen und Streiten über die Fehlentwicklungen, die Versäumnisse und die Missstände in der Politik liefert einen unmissverständlichen Ausweis ihrer Bedeutsamkeit. Sie spricht jede einzelne Person an, sie zeugt von allseitiger Betroffenheit. Somit umfasst sie viele Elemente, die im Alltag des politischen Geschehens aus dem Blick geraten: die vielfältigen Formen der Einbindung jeder einzelnen Person in die Ziele und Abläufe der Planungen, Beratungen, Regelungen, Abstimmungen und Entscheidungsprozesse, die der Organisation des Zusammenlebens dienen. Man erkennt damit die Vielgestaltigkeit der Politik. Die unterschätzten Merkmale, die Funktionen und die Reichweite der Politik bedürfen daher größerer Aufmerksamkeit.

Es gibt zunächst eine verbreitete Unkenntnis über die einzelnen Bestandteile und die Funktionsweisen der Politik. Es gibt unbestreitbar viele Wissenslücken, Irrtümer und Fehltritte. All das wird im Buch angesprochen und so weit wie möglich geklärt. Darüber hinaus erwachsen das größte Missverständnis und die schwerwiegendste Fehleinschätzung der Politik aus der Annahme, man sei meistens teilnahmslos Betroffener und kaum lebhafter Beteiligter der Politik. Die Grundfunktion der Politik besteht jedoch darin, in einem Kreis von Menschen, die in einen wechselseitigen Bezug aufeinander verwoben sind, beständig die gemeinsame Lebensbewältigung zustande zu bringen. Jede betroffene Person ist darin eingebunden, jeder Einzelne erweist sich als maßgeblicher Bestandteil des erforderlich werden den Regulierungsbedarfs. Die Politik entsteht mithin ganz schlicht, aber auch höchst folgenreich, aus dem gemeinsamen Handeln der Menschen untereinander (Arendt 1993: 11). Insofern ist auch jeder einzelne Mensch ein prägender Bestandteil des tagtäglichen Geschehens, das man als vermeintlich alleinigen Gegenstandsbereich der Politik wahrnimmt. Egal, wie wir jeweils zur Politik stehen – sie geht uns immer etwas an, sie erlangt für jeden von uns Bedeutsamkeit, und sie ermuntert alle zur Teilhabe. Diese stille oder aktive Teilhabe begründet den urdemokratischen Anspruch der Selbstregierung des Volkes. Diese bedarf natürlich unter den Bedingun-

gen großer und vielschichtiger Gesellschaften zahlreicher repräsentativer Einrichtungen, politischer Organe und Amtsträger, so wie sie heutzutage das Erscheinungsbild der Politik prägen. Aber die eigene Stellung als richtungsweisender Begründer, als unumwunden Beteiligter und als möglicher Mitgestalter dessen, was in der Politik geschieht, bleibt das herausragende Merkmal der Politik. Insofern macht auch die Rede von einer »Postpolitik« keinen Sinn. Es gibt unter den Lebensbedingungen menschlicher Gesellschaften keinen Zustand *nach* der Politik, kein »Ende« der Politik (Meyer 2000: 201). Tendenzen der Hinwendung zu solch einem postpolitischen Ideal ließen sich jedoch im ausgehenden 20. Jahrhundert ausfindig machen, als ein enttäuschter bürgerschaftlicher Rückzug in die Privatsphäre zu beobachten war und politische Bewegungen sowie Vereine einen bemerkenswerten Niedergang erfuhren (Jäger 2023: 15). Im Kern urteilten die Verfechter einer solchen »Postpolitik« wie Außenstehende über das politische Geschehen, die mit Befremden und Entsetzen in der Ferne ablaufende Vorgänge beobachteten. Sie sahen sich nicht als Teilhaber der politischen Vorgänge, sondern allenfalls als deren kritische Beobachter. Wer jedoch der Politik verächtlich gegenübertritt und sie als ein Versagen des Regierens einstuft, der bezeugt mittelbar die eigene Betroffenheit und kritisiert sich mithin immer auch selbst. Sowohl die Gleichgültigkeit gegenüber dem politischen Geschehen, wie auch dessen Verachtung oder die belehrende Besserwisseri zeugen einerseits von der enormen Reichweite der Politik, andererseits von einem mangelnden Verständnis für die Verankerung von Politik im Horizont des eigenen Lebens und für die Haltungen, die daraus erwachsen sollten.

Die genauere Auseinandersetzung mit der Politik macht deutlich, dass es dementsprechend stets um die wechselseitigen Beziehungen unter Menschen geht, die ihr Zusammenleben organisieren müssen. Wörtlich entstammt »Politik« der griechischen Sprache und bezeichnet das gemeinsame Handeln und die Organisation des Zusammenlebens in einem dicht besiedelten Raum. Der Begriff beschreibt sowohl die Organisation und Ordnung der gemeinsamen Lebensbewältigung, wie auch die Teilhabe der Bürgerschaft (Blättler 2008; Röttgers 2010). In den verschiedenen geschichtlichen Phasen und in den unterschiedlichen Lebensräumen der Erde hat der Begriff der »Politik« natürlich endlos viele Wandlungen erfahren und neue Bedeutungsgehalte angenommen.

So hat sich in der Politikwissenschaft die Unterscheidung zwischen »polity«, »politics« und »policy« ausgebreitet. »Polity« umschreibt die Formen,

Inhalte und Ordnungsprinzipien des bürgerschaftlichen Zusammenhalts, »politics« die Handlungen und Prozesse, die im öffentlichen Raum stattfinden, und »policy« die Inhalte, Themen und Problemstellungen (Richter 2018b: 543). Im Alltagsverständnis der Politik überwiegen die Anteile von »politics« und »policy« – Politik gilt als ein Gemenge aus organisatorischen Problemstellungen und Entscheidungsabläufen. Somit werden die Grundbedingungen des Zusammenlebens und die Wirkungsformen der Zusammengehörigkeit vernachlässigt. Aus der neueren französischen Politiktheorie entstammt eine scharfe Kritik an dieser Einengung der Politik auf Fragen des Steuerns und Entscheidens. Es wird auf die Unterscheidung zwischen »le politique« und »la politique« verwiesen. »Le politique« kennzeichnet die Grundformen und Ziele des Handelns im Raum der gemeinsamen Lebensbewältigung, »la politique« die wechselhaften Ordnungsmuster und Abläufe der konkreten Problembewältigung. »Le politique«, im Deutschen am besten als »das Politische« zu übersetzen, dient dazu, die aktuellen Prozesse und Entscheidungsabläufe beständig auf ihre Sinnhaftigkeit, Stimmigkeit und Zweckerfüllung hin zu hinterfragen (Martinsen 2019: 583 ff.). Man könnte dieses Verhaltensmuster auch, begrifflich etwas verwirrend, als Verfechten einer »Antipolitik« kennzeichnen: Diese betont im Namen einer »substanziellen Politik« die Bedeutung von Prinzipien und Werten gegenüber dem beständigen Ringen um Macht und Einfluss sowie gegenüber den gewöhnlichen Abläufen und Entscheidungsprozessen (Jäger 2023: 79). Somit gibt es die – zunächst widersprüchlich anmutende – Möglichkeit zu einer »unpolitischen Politik«: einem eifrigen Treiben innerhalb des alltäglichen politischen Betriebs, das die untereinander verbindende, auf persönliche Teilhabe gerichtete Verständigung über die Erfordernisse der gemeinsamen Lebensbewältigung aus dem Auge verloren hat (Meyer 2000: 41).

Hinter der mahnenden Erinnerung an »das Politische« steht demnach einerseits der Verdacht, dass im Gewirr des alltäglichen Steuerns und Entscheidens eine klare Vorstellung von den Erfordernissen einer *demokratischen* Politik verlorengeht. Sie richtet sich auf die intensive bürgerschaftliche Beteiligung an allen politischen Belangen. Andererseits wendet sich der Verweis auf »das Politische« gegen die Bestrebungen in autoritären Staaten und totalitären Gesellschaften, aber auch in vorgeblich »demokratischen« Staaten, sämtliche Aspekte des Zusammenlebens als eine Problemstellung der Politik zu begreifen, die verbindliche Regelung und Steuerung für alle erfordert – zu Lasten von Freiräumen und Wahlmöglichkeiten für die

individuelle Lebensgestaltung. Im Zuge einer solchen »Fundamentalpolitisation« erlangen staatliche Einrichtungen, mächtige wirtschaftliche Unternehmen und mediale Akteure enormen Einfluss auf die Handlungen und Wertvorstellungen der Bürgerschaft (Greven 1999: 140). Die Organisation des Zusammenlebens wird kaum merklich auf die Vorteilsnahme durch die entsprechenden Betreiber ausgerichtet. Vielfalt, Freiheiten, Gestaltungsoffenheit und bürgerschaftliche Teilhabe gehen verloren, gleiche Zugangsmöglichkeiten zur Gestaltung der öffentlichen Sphäre werden beschnitten. Zweifelsohne besteht in der krisengeschüttelten Gegenwart die Tendenz, staatliche Regulierung zu Ungunsten von bürgerschaftlichen Handlungsspielräumen auszudehnen. Zudem breiten sich autoritäre Herrschaftsmodelle aus, die mittels einer weitreichenden und tiefgreifenden Regulierung in alle möglichen Lebensbereiche der Bürgerinnen und Bürger eingreifen, deren Privatsphäre bedenklich schmälern und sie als eigenständige Teilhaber des politischen Geschehens entmündigen. Die Demokratie nimmt substanziellen Schaden.

Deshalb gilt es selbstverständlich bei jeder Auseinandersetzung mit den Gehalten der Politik, die Grenzen ihrer Reichweite zu beachten. Nicht jeder gesellschaftliche Regelungsbedarf muss durch Gesetze bestimmt werden, politische Organe dürfen sich nicht in die Gestaltung aller möglichen Lebensbereiche einmischen, die Privatsphäre muss vor Eingriffen des Staates bewahrt werden. Außerdem darf das politische Geschehen durchaus zu erheblichen Teilen geräuschlos vonstattengehen, ohne dass die Medien und politische Aktivisten jede Regung im öffentlichen Raum zum skandalumwitterten »Politikum« erklären. Es muss daher sehr präzise unterschieden werden zwischen jenen Belangen, die aus der gemeinsamen Lebensbewältigung erwachsen und deren Organisation betreffen, und den freien Handlungsräumen, die keine allgemeingültigen Vereinbarungen über die Art, die Inhalte, die Ziele, die Formen, die Orte und die Beteiligten von Begegnungen unter Menschen samt deren Ergebnissen erforderlich machen. Die Auseinandersetzung mit der Politik verträgt sich nicht mit einer »Politisierung« in dem Sinne, dass jeglicher privater und öffentlicher Vorgang als Gegenstand einer notwendigen Problembearbeitung in Gestalt von politischer Regulierung wahrgenommen wird. »Politisierung« hat daher zu Recht einen anrühigen Beiklang und steht für eine überschießende Energie, die auf Einflussnahme durch die Berufung auf allgemeine Regeln, Gesetze und Wertvorstellungen setzt, wo ein selbstständiges, selbstbestimmtes und eigenverantwortliches Handeln möglich erscheint. Die Vorbehalte gegenüber einer

Politisierung gehen zudem berechtigt mit dem Verdacht eines Übereifers der Belehrung über die öffentliche Tragweite jeglichen Tuns und Handelns einher. Die Wirkungsmächtigkeit einer Politisierung zehrt von dem unbeugsamen Beharren auf der Überzeugung, jeder Regung und jedem Vorgang sei eine politische Bedeutung beizumessen.

Die darin angelegte Übertreibung und Zuspitzung wird oft von einer leidenschaftlichen Ergriffenheit getragen, die mit einer aufputschenden Ansprache der Gefühle verbunden ist und als »Affektpolitik« gekennzeichnet werden kann (Mau/Lux/Westheuser 2023: 29). Die Politisierung ist deshalb mit der Wirkung von sogenannten »Triggerpunkten« verknüpft, einem eindringlichen Erleben öffentlicher Themen und Anlässe als bewegend und emotional berührend – was die Sachverhalte zu übermäßiger Bedeutsamkeit für das eigene Leben und für die Organisation des Zusammenlebens aufbauscht (Mau/Lux/Westheuser 2023: 246). Das Stichwort der Politisierung steht damit einerseits für eine Überschätzung der Reichweite von Politik, für ihre grenzüberschreitende Ausdehnung in die Räume der privaten Lebensführung, und für die Billigung einer uferlosen Steuerung und Regulierung. Andererseits zeugt es von einer gefühlsbetonten Aufladung der Wahrnehmung des öffentlichen Lebens, die einem besonnenen und ausgewogenen Nachdenken darüber im Wege steht. Die gegenwärtig zu beobachtende Tendenz, immer heftiger, hemmungsloser und spontaner jeglichen Unmut über politische Vorkommnisse, über die Regierungsorgane und über die politischen Amtsträger privat und öffentlich zum Ausdruck zu bringen, deutet auf einen solchen Überschuss an Erregung hin, der eine unvoreingenommene Auseinandersetzung mit der Vielschichtigkeit von politischen Problemlagen behindert. Die Gestalt, die Reichweite sowie die Aufgaben der Politik müssen stattdessen in sachlicher und gründlicher Abwägung bestimmt werden, wobei stets ihre mögliche Beeinträchtigung für die individuelle Selbstentfaltung zu prüfen bleibt.

Auch die Rede von einer »Hyperpolitik« zeigt ein unausgewogenes Verständnis der Gestalt und der Inhalte von Politik an. Die Hyperpolitik steht den Merkmalen der Politisierung sehr nahe, weil auch sie von einem starken politischen Interesse des Einzelnen ausgeht, dieses aber nicht mehr als ein ausgeprägtes Bewusstsein über die gemeinsamen Belange betrachtet, sondern nur noch als den selbsteingenommenen Rückschluss von den Auswirkungen politischer Regulierung auf den Erhalt und die Pflege des eigenen Wohlbefindens. Die Hyperpolitik führt die Beteiligten nicht mehr zu einem Handeln zusammen, das als gemeinsame, untereinander vermittelte

Zielverfolgung erfahren wird. In ihrer Entstehungsgeschichte gilt sie als das Ergebnis eines gewachsenen Konkurrenzdrucks in den fortgeschrittenen Industriegesellschaften. Dieser führt dazu, sich sowohl im Privatleben, wie auch im Arbeitsleben unablässig als vollwertiges gesellschaftliches Mitglied gegen andere behaupten zu müssen und gleichzeitig auf die Organisation des Zusammenlebens Einfluss zu nehmen, um den als gefährdet empfundenen Eigeninteressen hinreichend Geltung verschaffen zu können. Diese Einflussnahme geschieht jedoch nur noch episodenhaft und kurzzeitig. »Politisches Engagement [...] ist individualistischer, kurzfristiger, volatiler, weniger kohärent. Im Vergleich zur ›hohen‹ Politik der Jahre 1918 bis 1989 könnten wir von einer Form der ›niedrigen‹ Politik sprechen: niedriger Aufwand, niedrige Kosten, niedrige Exit-Schranken und kurze Zeitspannen.« (Jäger 2023: 18). Ungeachtet dessen, wie zutreffend eine solche zugespitzte Lagebeschreibung erscheint, verfehlt jegliche »hyperpolitische« Teilhabe einige Grundmerkmale der politischen Beziehung zwischen dem Einzelnen und der Lebensgemeinschaft, der er angehört. Angesiedelt zwischen den Polen einer übergriffigen Politisierung und einer in lauter unverbundene Einzelwillen zerfallenden Hyperpolitik ergibt sich also das Erfordernis, durchdacht und abwägend die eigene Einbindung in das politische Geschehen wahrzunehmen und die Rollen als Adressat, als Zugehöriger, als stiller Teilhaber oder als engagierter Mitgestalter gründlich mit den allgemeinen Merkmalsbestimmung der Politik in Beziehung zu setzen.

Vor diesem Hintergrund wird deutlich: Die Absicht eines Grundlagentextes über die Politik verpflichtet dazu, alle Facetten des Gegenstandsbereichs im Auge zu behalten. Gleichzeitig muss der Gefahr einer Überschätzung der Bedeutung und Reichweite von Politik vorgebeugt werden. Es muss also eine zugleich ausgewogene wie kritische Bestandsaufnahme stattfinden. Der Grundimpuls der folgenden Ausführungen besteht allerdings darin, einer verbreiteten Unterschätzung der Politik entgegenzuarbeiten. Es bleibt ein inhaltlich weitgreifendes, sachlich glaubwürdiges Verständnis der Politik darzulegen, das über ihren doch sehr hohen, oftmals als zu gering eingestuften Stellenwert aufklärt. Das sind die Maßstäbe für ein »umfassendes« Politikverständnis. Dieser Stellenwert der Politik wird in der Gegenwart noch gesteigert durch einen immer schwierigeren und umfangreicheren Auftrag, unter den Bedingungen von tiefgreifenden und weitreichenden Krisen die Organisation des Zusammenlebens zustande zu bringen. Es ergeben sich angesichts von existenziellen Problemstellungen und Verunsicherungen neue und andersartige Notwendigkeiten

der politischen Regelung, Steuerung und Gestaltung, die deutlich über die herkömmlichen Vorstellungen hinsichtlich der Aufgabenbereiche von Politik hinausreichen. Insbesondere die jüngsten Krisen eines weltweiten Ausmaßes, die Umweltschädigungen und die Klimabedrohungen, die umstrittenen technologischen Neuerungen, aber auch die unheilvolle Coronapandemie sowie unvorhergesehene kriegerische Auseinandersetzungen machen einen enormen politischen Gestaltungsauftrag deutlich. Im Zuge der Umwelt- und Klimakrise schält sich zudem heraus, dass sich die Politik letztendlich nicht mehr nur auf die Organisation des Zusammenlebens unter Menschen erstrecken kann. Sie erweitert sich zum anspruchsvollen Auftrag der Organisation menschlicher Lebensformen im Einklang mit dem gesamten Erdgeschehen.

Wir alle, die politisch Aufgeschlossenen, die Engagierten, die Desinteressierten, die Politikverdrossenen und die Politikverächter haben jeden Grund, die politische Organisation des Zusammenlebens als wichtig und einflussreich einzustufen – für das eigene Leben wie auch für das Wohlbefinden der Gemeinschaft, der wir zugehören, und für die Fortexistenz des Planeten, auf dem wir leben. Die Politik erweist sich mithin als ziemlich bedeutsam. Da bislang hinsichtlich der Merkmale von Politik Unkenntnis, Fehleinschätzungen und Missverständnisse vorherrschen, ist eine gründliche Klärungsarbeit angesagt. Sie soll Schritt für Schritt dazu beitragen, die Bedeutsamkeit der Politik zu veranschaulichen. So wird ein ganzes Buch erforderlich, um den schlicht scheinenden, aber vielschichtigen Fragen ausführlicher nachzugehen: »Was ist heute Politik?«

Das Vorhaben – gewöhnliche und überraschende Bestandteile der Politik

An dieser Stelle soll ein Ausblick auf alle wichtigen Bestandteile der Politik und ihre Aufgaben gegeben werden, die in den folgenden Kapiteln eingehend abgehandelt werden. Besonderes Augenmerk wird dabei auf neue Handlungsfelder und Problemstellungen gelegt. Die Klärung dessen, was Politik ist, sein kann und sein soll, lässt sich in sechs Themenblöcke und Fragestellungen untergliedern. Das erste Kapitel besteht aus diesen einleitenden Ausführungen, die zeigen, dass uns in mehrfacher Hinsicht

ein umfassendes Verständnis der Politik fehlt, dass die Klärung von Missverständnissen erforderlich wird und dass Neubestimmungen notwendig werden. Im zweiten Kapitel sind jene Elemente der Politik ins Auge zu fassen, die uns aus dem politischen Alltag vertraut sind und die wir deshalb für bedeutsam halten. Sie lassen sich mit dem Sammelbegriff der politischen »Ordnung« kennzeichnen. Im dritten Kapitel bleibt auf Bestandteile der Politik einzugehen, die uns überwiegend fremd und unheimlich vorkommen und deshalb umso eindringlicher verdeutlicht werden müssen. Es geht um die Bindung der Politik an die Aspekte einer körperlichen Teilhabe und einer gemeinschaftsbezogenen Empfindsamkeit. Im vierten Kapitel sollen vernachlässigte und unterschätzte Komponenten der Politik zur Sprache kommen. Sie bestehen vor allem aus der mangelnden Einsicht in den Stellenwert der Demokratie. Im fünften Kapitel ist die Auseinandersetzung mit dem Erfordernis einer wirksameren Steuerung durch die Politik zu führen, das vielfach verharmlost wird. Die Notwendigkeit vermehrter Steuerung ergibt sich aus einigen markanten aktuellen Problemstellungen, zu denen Missstände der Marktwirtschaft ebenso gehören wie bestimmte technologische Errungenschaften. Im sechsten, abschließenden Kapitel bleiben die verkannten Aufgaben und die Erfordernisse vermehrter politischer Gestaltung zu verdeutlichen, um die wir uns in gemeinsamer Anstrengung dringend kümmern müssen. So sind aus der Pandemie einige politische Lehren zu ziehen, das ins Wanken geratene Gleichgewicht des gesamten Geschehens auf dem Planeten Erde muss politisch berücksichtigt und bearbeitet werden, und unsere herkömmlichen Vorstellungen vom Fortschritt bedürfen einer auf die Politik bezogenen Neubestimmung.

Die einzelnen Themen und Fragestellungen der folgenden Kapitel sollen nun ausführlicher beschrieben werden. Es gibt die gewöhnlichen Merkmale der Politik, die uns vertraut sind, und es gibt überraschende Elemente, die wir nicht hinreichend im Blick haben. Meistens hält man die Gremien und Abläufe des Regierens sowie das Wirken der Amtspersonen für die maßgeblichen Bestandteile der Politik (Kapitel 2). Als »Politik« gelten dann der Staat und die Gesetze, die Formen des Regierens auf den unterschiedlichen Ebenen des Zusammenlebens, sowie das politische Alltagsgeschäft, in dem sich Parteien, Interessengruppen, Amtsträger sowie ehrenamtlich Mitwirkende tummeln. Über deren Treiben berichten dann die Medien ausführlich. Darüber hinaus rechnet man zu einer funktionstüchtigen Politik ein geschultes politisches Personal, das kompetent dem Auftrag zum Regieren nachkommt. Zweifelsohne ist die Politik durch all diese Elemente eines funkti-

onstüchtigen »Betriebs« bestimmt. Man hält ihn auf den ersten Blick hin sogar für den charakteristischen, geradezu einzig bedeutsamen Bestandteil der Politik. All diese Elemente markieren jedoch nur den Bereich der politischen Ordnung, die jede Form des Zusammenlebens benötigt. Die Politik erschöpft sich freilich nicht in den Abläufen eines »Regierens«. Die Politik ist nicht bloß ein Betrieb, der mehr oder weniger überzeugend eine Dienstleistung bereitstellt, die als »ordnungsgemäße Regelung des Zusammenlebens« beschrieben werden kann. Die politische Ordnung stellt nur einen Teil des vielschichtigen Erscheinungsbildes der Politik dar. In der Politik spielt sich viel mehr ab als lediglich die Erzeugung von Regeln und Entscheidungen.

Was man dabei durchweg unterschätzt und falsch bewertet, ist die eigene, persönliche Stellung zur Politik (Kapitel 3). Wir sind als Bürgerinnen und Bürger nicht bloß unbeteiligte, außenstehende Nutznießer eines Geschehens, das sich »Regieren« nennt. Wir sind viel eindringlicher mit der Politik verbunden, als uns gemeinhin bewusst – und manchem lieb – ist. Diese eigene Einbindung in das politische Geschehen verleiht der Politik eine Bedeutung, die viele Menschen als geradezu unheimlich empfinden. Wir reagieren nur deshalb so aufmerksam oder betroffen, freudig oder aufgebracht, enttäuscht oder zustimmend auf die Politik, weil sie uns persönlich berührt. Sie widmet sich einem ureigenen Bestandteil unserer sozialen Lebensform. Sie ist eine der Äußerungsformen von Gegenseitigkeit, einer wechselseitigen Beziehung aufeinander. Außerdem begegnen sich in der Politik Menschen als körperliche Wesen, nicht nur als entrückte, kühle Ausführende eines gemeinsamen Regelungsbedarfs. Es treten Personen mit all ihren Gedanken, Gefühlen und Empfindungen miteinander in einen Austausch. Nur so lassen sich die bisweilen sehr leidenschaftlichen Reaktionen auf die Politik erklären. Mit dem politischen Geschehen können sich Ängste und Hoffnungen verbinden, psychische Erschütterungen, Empörung, Verzweiflung oder ein bewegtes und bewegendes Mitgefühl. Man sollte sich dieser politischen Empfindsamkeit sehr bewusst werden. Denn einige Machthaber nutzen diese empfundenen Bindungen aneinander längst heimtückisch aus: Sie wenden sich durch und mit Politik an die Menschen mit all ihren Sinnen, um sie in die Abhängigkeit von einer zwanghaft erzeugten und aufrechterhaltenen Gemeinschaftlichkeit zu treiben und sie somit steuern sowie hörig und gefügig machen zu können. Aufgeputschte Bürgerinnen und Bürger neigen zu unbedachten Haltungen und Handlungen, sie werden anfällig für dumpfe Parolen und radikale Vorstellungen. Erst wenn man diese Zusammenhänge versteht, kann man sich gegen ihre arglistige Anwendung wappnen.

Aufgrund unserer Körperlichkeit besitzen wir aber auch eine kaum bewusste Wahrnehmungsfähigkeit für die Bindungen untereinander, die in der gemeinsamen Lebensbewältigung zum Ausdruck gelangen. Es ist den Menschen möglich, ein »Gespür« für die Gemeinsamkeit ihrer Anliegen zu entwickeln. Dieses Gespür ist zwischen einer unwillkürlichen Empfindung für den gegenseitigen Bezug aufeinander und einer bewussten Haltung gegenüber den gemeinschaftlichen Anliegen angesiedelt. In der republikanischen Politiktradition, die sich eingehend mit der Bindung des Menschen an die politischen Vorgänge auseinandersetzt, wird das als *common sense* bezeichnet. Unbewusst oder bewusst kann er zur Pflege gemeinschaftlicher Handlungsmuster und zur Förderung der Demokratie beitragen. Einen weiteren Aspekt der gespürten politischen Zusammengehörigkeit stellt der Patriotismus dar. Wörtlich umschreibt er eine »Liebe zum Vaterland«. In diesem Sinne lassen sich, in Anlehnung an die Ebene der Empfindsamkeit, Momente ausfindig machen, in denen die Menschen innerhalb eines politischen Gebildes ihre Zusammengehörigkeit spüren und ihr gefühlvoll Ausdruck verleihen. Es gibt Anlässe, zu denen sie ihre Verbundenheit untereinander bekenntnishaft zur Darstellung bringen. Sobald der Patriotismus jedoch zu einem plumpen Nationalstolz verkommt, schürt er die Abgrenzung gegenüber jeglicher Andersartigkeit und endet in fremdenfeindlichen Haltungen. Deshalb sollte er lediglich aus besonnenen Bekundungen und Gesten der Zugehörigkeit zu einem politischen Gebilde bestehen und seine demokratische Verankerung deutlich herausstellen. Diese besteht vor allem aus dem öffentlichen Bewusstsein, dass die empfundene Zusammengehörigkeit stets das wechselhafte Abbild des Zusammenwirkens jener Menschen darstellt, die sich gerade zu ihrer gemeinsamen Lebensbewältigung zusammengefunden haben.

Mit dem Verweis auf die Demokratie gelangt man zu den unterschätzten Aspekten der politischen Teilhabe (Kapitel 4). Ein wichtiges Stichwort, über das in den verbreiteten Politikverständnissen kaum Klarheit herrscht und das für reichlich Verwirrung sorgt, ist *das Volk*. Wer gehört dazu, was sind seine Charakteristika, welches sind seine Aufgaben? In der Demokratie fällt die Bestimmung des Volkes so einfach wie hintergründig aus: Es handelt sich um all diejenigen, die sich gemeinsam der Organisation ihrer Lebensbewältigung widmen und das als Zusammengehörigkeit erfahren. Darin ist der Verweis auf die stets wechselhaften Konturen angelegt, die das Volk aufweist. Keineswegs sind geschlossene Nationalgesellschaften der einzig treffende Ausweis eines zusammengehörigen Volkes. Grundsätzlich ist

das Volk unter den Bedingungen der Demokratie der alleinige Begründer, der maßgebliche Kontrolleur und der möglichst eifrige Mitgestalter des Regierens. Es ist Träger der »Volkssouveränität« – ein vielfach gebrauchter, aber häufig missverständlicher Begriff, der genauer erklärt werden muss. Die Demokratie fordert wörtlich, dass sich das Volk »selbst regiert«. Die Menschen, die zu einem Volk vereint sind, können dem demokratischen Anspruch der Selbstregierung jedoch nicht buchstäblich selbst genügen. Sie brauchen Stellvertreter, die für sie und in ihrem Namen im politischen Betrieb handeln. Das Erfordernis der Stellvertretung hat unter dem Leitbegriff der »politischen Repräsentation« Eingang in die Gesamtbetrachtung politischer Herrschaft gefunden. Diese Repräsentation erweist sich allerdings als tückisch: Sie kann gar kein Abbild des gesamten Volkswillens in all seinen Einzelheiten leisten. Sie besteht vielmehr aus einer zusammenfassenden, manchmal sehr eigenständigen Auftragsbefüllung, bei der die Repräsentanten eigene Handlungsspielräume erlangen. Die Repräsentanten können sich bisweilen von den Repräsentierten sehr weit entfernen. Die Wahrnehmung der Stellvertretung in einem politischen Geschehen mit vielen Mitspielern und Interessen führt mal zu einer demokratisch greifbaren Anwesenheit des Volkes, mal zu dessen beklagenswerter Abwesenheit.

Die Auseinandersetzung mit dem Begriff des Volkes führt zum Thema des »Populismus« – ein Begriff, der sich wörtlich auf das Volk bezieht. Wir leben in Zeiten sogenannter »populistischer« Bewegungen und Parteien. Sie beanspruchen, den Volkswillen unverfälschter und überzeugender als je zuvor in das politische Geschehen einzubringen. Sieht man jedoch hinter die Kulissen der populistischen Selbstverständnisse, dann kommt ein falsches Versprechen zum Vorschein. Der Wille des Volkes wird von den Populisten zumeist gar nicht genauer erkundet, sondern hinterlistig verklärt und nur ausschnitthaft berücksichtigt. Das Volk wird zu einer verschworenen Gruppe von Randständigen und Bedrohten stilisiert, die vorgeblich überwiegend die Gestalt einer national geschlossenen Schicksalsgemeinschaft aufweisen und die sich gegen jede Art von Missachtung, von Gängelung und von Unterwanderung zur Wehr setzen müssen. Dafür benötigen sie vermeintlich entschlossene Führung, bereitgestellt durch die populistischen Leitfiguren. Letztendlich geht es im Populismus gar nicht um eine ausgedehnte demokratische Teilhabe. Die demokratische Politikgestaltung stellt sich für die Populisten vielmehr als zu umständlich und wenig erfolgversprechend dar, weil nach ihrer Ansicht zu viele und die falschen Akteure mitwirken und voller Kompromissbereitschaft gemeinschaftsfördernde Ziele verfolgt

werden. Nicht zufällig treten bei den Populisten auffällig häufig machtbesusste Führungspersonen in Erscheinung, die behaupten, das Sprachrohr des Volkes zu sein. Sie neigen verdeckt zu dem Anspruch, das von ihnen beschworene Volk darüber belehren zu müssen, welchen Willen es eigentlich hat und wie er sich auszudrücken habe. Sie fordern Gefolgschaft, nicht breite politische Teilhabe.

Wenn man sich die Wirkungsformen politischen Handelns genauer anschaut, dann wird schnell klar, dass Politik in vielerlei Hinsicht der Steuerung von Vorgängen dient, die sich im Prozess der gemeinsamen Lebensbewältigung abspielen. Die Politik greift vermittelnd, ermöglichend, mahnend, beschränkend oder verbietend in das Gewirr an Bedürfnissen, Interessen, Werten und Wünschen ein, die im gesellschaftlichen Leben vorhanden sind. Wenn man sich diese Grundfunktionen der Politik vergegenwärtigt, dann lassen sich einige besonders dringliche Anliegen der politischen Steuerung ausfindig machen (Kapitel 5). Das Erfordernis der politischen Steuerung wird jedoch in einigen wichtigen Bereichen verkannt und verharmlost. Im Bereich des wirtschaftlichen Geschehens geht es vor allem um die Bändigung von marktwirtschaftlichen Fehlentwicklungen. Der Markt als wirtschaftliches Zentrum gewährleistet meistens weder für die Erzeuger von Gütern, noch für deren Verbraucher gleiche Zugänge, gleichen Nutzen, gleichen Erfolg, gleichen Ertrag und gleiche Wertigkeit. Marktbherrschende Unternehmen mehren auf Kosten der Allgemeinheit beträchtlich ihre Gewinne, und marktverzerrende Kräfte stören die Gleichrangigkeit der Beteiligten. Die daraus resultierenden Quellen der Ungleichheit müssen mittels politischer Maßnahmen eingedämmt werden. Der Kreis derjenigen Beteiligten am Marktgeschehen, die nicht hinreichend berücksichtigt werden, erstreckt sich insbesondere auf die zukünftigen Generationen. Der freie Markt dient gegenwärtig nur unzureichend der Bewältigung jener Probleme, die rund um die Aspekte nachhaltiger Lebensformen angesiedelt sind. Die Orientierung auf ein stetiges Wirtschaftswachstum bleibt vor diesem Hintergrund politisch in Frage zu stellen. Die Politik muss daher steuernd eingreifen, um Gleichheitsprinzipien durchzusetzen und soziale Schief lagen auszugleichen.

Eine Verharmlosung des Auftrags zur politischen Steuerung lässt sich auch in Bezug auf die jüngsten technologischen Entwicklungen beobachten. Die Menschheit hat sich leidenschaftlich den Errungenschaften des elektronischen Austauschs verschrieben. Daten sind das neue Herzstück der Kommunikation. Die Datensammlung, die Datenübertragung und die Da-

tenspeicherung gelten als herausragende, geradezu umwälzende technische Entwicklungen und machen blind für die damit verbundenen Fehlentwicklungen. Es breitet sich eine Art »Datenwahn« aus, der nach politischer Steuerung ruft. Die sogenannte »Digitalisierung« schürt sogar die Aussicht, die politische Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger verstärken und damit die Demokratie befördern zu können. Die Digitalisierung führt in Bezug auf das demokratische Anliegen der erweiterten Bürgerbeteiligung jedoch keineswegs zu einer unbeschränkten Beteiligungsmöglichkeit aller. Stattdessen treten überall Netzbeherrscher in Erscheinung, der ausgeweitete Datenaustausch steigert die erweiterte Verfügungsgewalt einiger Weniger gegenüber den Vielen. Zudem beherrschen und steuern einige große Unternehmen die Sammlung und Verwertung von Daten. Sie nehmen Einblick in das Privatleben und schlachten die Informationen gewinnbringend aus. Es werden also entschlossene politische Eingriffe erforderlich, um deren Machtposition und Einfluss entschieden einzudämmen. So nützlich die Errungenschaften der Digitalisierung in manchen Bereichen zweifelsohne sind, so sehr beeinträchtigen sie zudem ganz allgemein ein charakteristisches Merkmal der Politik: die tatsächliche Begegnung unter Menschen, die zum Kernbestand der Politik gehört. Die unmittelbare Sichtbarwerdung des Einzelnen als ein Mitglied und als ein Partner bei der Organisation des Zusammenlebens wird behindert, die direkte Zugangsmöglichkeit zu einem Gegenüber, mit dem man sich auf eine Zusammenarbeit einlässt, wird verstellt. Technologische Erneuerungen wie die Digitalisierung bedürfen daher dringend einer politischen Steuerung, die beharrlich an das Ziel der gleichrangigen Teilhabe an der Gestaltung des Zusammenlebens erinnert und die entsprechend bereinigende Eingriffe vornimmt.

Das Erfordernis einer umfangreicheren politischen Steuerung gilt auch für den Umgang mit der sogenannten »künstlichen Intelligenz« (KI). Sie wird mittlerweile nicht nur als bahnbrechende Erleichterung für die Bewältigung aller möglichen menschlichen Aufgaben und Tätigkeiten gehandelt. Darüber hinaus gilt ihre eifrige Höherentwicklung schon jetzt als der bessere Ersatz für menschliches Handeln. Sie verspricht, unglaublich schnell und nahezu fehlerfrei arbeiten zu können. Zudem kann sie selbst den Umfang ihres Leistungsvermögens steigern, die Maschine entwickelt eine Art »Lernfähigkeit«. Das wächst sich aber gleichzeitig zu einer existenziellen Bedrohungslage aus: Wird der Mensch demnächst von Maschinen beherrscht, gesteuert und kontrolliert? Wird er gar überflüssig und von Maschinen zum unnützen organischen Material abgestempelt und schließ-

lich »entsorgt«? Entsprechende Befürchtungen sind unangemessen, denn die »künstliche Intelligenz« ist gar nicht »intelligent«. Zur Einsichtsfähigkeit fehlen den Maschinen genau jene organischen Eigenschaften, die den Menschen auszeichnen. Dazu zählen die aufmerksame Selbstwahrnehmung, die Wahrnehmung der Umgebung und die Wechselwirkung mit ihr, woraus sich das menschentypische »Bewusstsein« und die Empfindungen für die Gemeinschaftlichkeit des Handelns ableiten. »Intelligent« ist nur diese höchst vielschichtige Wechselwirkung mit der Außenwelt, die alle gemachten »Erfahrungen« zu stets veränderlichen Haltungen und Einsichten fortführt. Die Politik stellt einen derjenigen Bereiche dar, in denen diese Aufmerksamkeit für die Außenwelt, für Wechselwirkungen und für die Erfahrungen, die aus Begegnungen hervorgehen, zu tragenden Elementen werden. Eine »intelligente« Gestaltung der Organisation des Zusammenlebens lässt sich nur auf der Basis »wirklicher« Begegnungen unter den beteiligten Menschen vollziehen. Das muss deutlicher denn je hervorgehoben werden, und das ruft auf zur politischen Steuerung und zur rechtlichen Regulierung all der Entwicklungen, die unter dem Stichwort »künstliche Intelligenz« mittlerweile so eindringlich und strittig diskutiert werden.

Wenn man sich die zahlreichen Herausforderungen und Krisen auf dem gesamten Planeten Erde vor Augen führt, dann wird schnell deutlich, dass an vielen Stellen Einsichten und Lösungsansätze fehlen, wie man das Zusammenleben besser und zukunftsfähiger gestalten kann. Man muss sich deshalb eingehender um die erforderlichen politischen Gestaltungsaufträge kümmern (Kapitel 6). Die Menschen neigen dazu, den enormen Katalog an Aufgaben zu verharmlosen, den die aktuellen Entwicklungen nahelegen. Ein unmittelbares Lehrstück politischer Gestaltungserfordernisse stellte die jüngste Verbreitung eines tückischen Virus dar, die Corona-Pandemie. Die weltweite Ausbreitung des Virus zeigte das Ausmaß an dichten Wechselwirkungen, denen die Menschen mittlerweile ausgesetzt sind. Das machte dementsprechend weiträumig abgestimmte und einschneidende Maßnahmen erforderlich, um der leidvollen und todbringenden Wirkung des Virus Einhalt gebieten zu können. Die Politik hat in der Pandemie umfangreich in die Lebensgestaltung eingegriffen, der Staat trat energisch als Organ der Regulierung in Erscheinung, was manche bereits als unrechtmäßige Anmaßung werteten. Die Pandemie lieferte somit den Anschauungsunterricht für eine tiefe, bisweilen höchst gefahrvolle Verbundenheit, die mit einem gehörigen Handlungsbedarf und mit teilweise

leidvollen gemeinsamen Erfahrungen einhergeht. Diese Verbundenheit muss Berücksichtigung finden, und das führt zu genau jener Aufgabenstellung, die der Politik zukommt. Der buchstäblich »pan«-»demische«, das »ganze« »Volk« betreffende Gestaltungsauftrag der Politik wird erkennbar: eine nahezu grenzenlose Gegenseitigkeit in ein gemeinschaftliches Handeln zu überführen, das so gut wie möglich dem Wohle aller dient. Zugleich wird jedoch das beschränkte Leistungsvermögen der politischen Ordnung deutlich. Die vom Staat ausgehende Regulierung bedarf stets der Ergänzung durch das selbstständige, verantwortliche, auf die Ziele der Gemeinschaft bezogene Handeln der Bürgerinnen und Bürger. Eine »pandemische« Politik wird erforderlich, sie bleibt an eine lebhaft demokratische Teilhabe gebunden.

Aus den vielen Herausforderungen und Krisen der Gegenwart sind weitere Lehren für den Gestaltungsauftrag der Politik zu ziehen. Der Mensch hat in einem jetzt erst deutlich werdenden, dermaßen ausufernden Ausmaß auf die Existenzbedingungen des Planeten Erde eingewirkt, dass dessen ausbalancierte Fortexistenz in Frage gerät – und mit ihr der Fortbestand menschlichen Lebens. Die Menschen bekommen nun sehr drastisch die Folgen ihres Tuns zu spüren, die sich zu einer Gefährdung ihrer eigenen Lebensbedingungen auswachsen. Insbesondere die Umweltschäden und die Klimaentwicklung verdeutlichen, wie weit der Wirkungszusammenhang zwischen dem Menschen und dem gesamten Erdgeschehen mittlerweile vorangeschritten ist. Es wird immer offenkundiger, dass ein Regieren, das sich nur auf die Belange des Menschen bezieht, nicht mehr genügt. Es kommen weitere »Mitspieler« ins Blickfeld, die ihrerseits in die Organisation eines Zusammenwirkens einzubeziehen sind. Dazu zählen andere organische Lebensformen, aber auch die unbelebte Natur bleibt zu berücksichtigen, und nicht zuletzt die verletzbaren Bestandteile des Planeten Erde wie das Wasser, die Luft und der Boden einschließlich der Minerale im Erdinnern. Die Regelung des »Zusammenlebens« sieht sich nunmehr der Aufgabe ausgesetzt, die Regelung eines Zusammenwirkens unter den zahlreichen Elementen zu organisieren, die allesamt zu den Bedingungen der menschlichen Lebensformen beitragen. Die Politik muss den Kreis derjenigen, die bei der Gestaltung des menschlichen Zusammenlebens zu berücksichtigen sind, erheblich erweitern. Es wird eine buchstäbliche »Erdpolitik« erforderlich.

Im Anschluss daran stellt sich immer eindringlicher die Frage, was unter den krisenhaften Lebensbedingungen des Menschen noch als »Fort-

schritt« gelten darf. Ist nicht ein Verzicht auf jegliches Voranschreiten angesagt, das bisher mehr und mehr Krisen und Katastrophen hervorgebracht hat? Tatsächlich erweisen sich viele der bisherigen Vorstellungen vom Fortschritt, an deren Verwirklichung die Politik auf vielfältige Weise mitgewirkt hat, als überholt und unangemessen. Dennoch gewinnt gerade in dieser Lage die Politik an Bedeutung. Im Sinne einer »Erdpolitik« sind die vielfältigen Verbindungen und Verknüpfungen des menschlichen Lebens mit den Rahmenbedingungen des Erdgeschehens als ein neues, tragendes Element jedes Voranschreitens zu betrachten. Daraus erwächst ein umfassender Gestaltungsauftrag: nämlich einen erheblichen und nachhaltigen wirksamen Fortschritt bei der Organisation eines Zusammenwirkens all dieser Bestandteile des Erdgeschehens hervorzubringen. Der Politik kommt aufgrund ihrer grundlegenden Befassung mit der Wechselseitigkeit die Aufgabe zu, die stetige Suche nach dem Verbindenden voranzutreiben. Das erweist sich als der Kern eines neu verstandenen Fortschritts.

So zeigt sich insgesamt, dass der Politik eine beachtliche, umfangreiche Aufgabenstellung zufällt und dass sie eine enorme Bedeutung aufweist. Betrachtet man die Gesamtheit all dieser schon bestehenden oder noch zu entfaltenden Bestandteile der Politik, dann wird dem argwöhnischen Betrachter der Politik vermutlich erst mal angst und bange: Ist die Politik überall anwesend und beherrscht sie unsere gesamte Lebenswelt? Müssen wir uns einer überbordenden politischen Regulierung unterwerfen? Klar wird jedenfalls: Der umfassende Wirkungsbereich der Politik geht erheblich über die einfache Vorstellung hinaus, Politik sei lediglich das tagtägliche Regieren, das der politische Betrieb hervorbringt. Weit gefehlt! Politik ist mit einer sehr grundsätzlichen Wechselseitigkeit und Zusammengehörigkeit unter Menschen – und sogar mit weiteren Bestandteilen des Erdgeschehens – verbunden. Das bringt einen weitreichenden Wirkungskreis hervor: nämlich all diese gegenseitigen Bindungen zu berücksichtigen und sie in eine annehmbare Organisation des Zusammenlebens umzuwandeln. In Hinblick auf diesen Gestaltungsauftrag sind nicht nur die Gremien und Personen angesprochen, die den politischen Betrieb beherrschen. Als Bürgerinnen und Bürger sind wir alle – egal, ob wir die Politik schätzen oder verachten – in ein Geflecht an Wechselseitigkeit eingebunden, und damit auch in die daraus hervorgehende Notwendigkeit, zu einem gedeihlichen Zusammenwirken beizutragen. Unter demokratischen Gesichtspunkten ist jeder Einzelne nicht nur als Betroffener mit dem gesamten politischen Geschehen verknüpft, sondern auch als Mitgestalter. Es bietet sich daher

an, die Politik nicht einfach als lästige Zumutung abzutun, sondern sich ihren Merkmalen und ihrer Mitgestaltung offenherzig und eingehend zu widmen.

Politik ist vieles, aber wie eingangs erläutert, nicht alles. Das wird die Politikverdrossenen und die Politikverächter beruhigen. Aus all den Aufgabenstellungen der Politik dürfen wir nicht den falschen Schluss ableiten, das gesamte gesellschaftliche Leben lasse sich als ausufernder Einflussbereich und als unermessliches Wirkungsfeld der Politik begreifen. Nicht alle Begegnungen unter Menschen werden gleich zu einem politischen Problem. Selbstverständlich gibt es zahlreiche Lebensbereiche, in denen die Beschäftigung mit der politischen Organisation des Zusammenlebens gar nicht erforderlich wird und entbehrlich erscheint. Deren Abschottung gegenüber politischen Eingriffen gilt es zu schützen und zu wahren. Es wird sich an einigen Stellen dieses Buches zeigen, dass sich die Politik oftmals zu viel, verfehlt und unangemessen in die Gestaltung des Zusammenlebens eingeschaltet hat. Zuviel Politik an den falschen Stellen kann dem Wohlergehen der Menschen und der Glaubwürdigkeit des Gegenstandsbereichs schaden. Aber angesichts der herkömmlichen Vorstellungen über die Politik ist zunächst einmal eine gegenläufige Aufklärungsarbeit angesagt: Politik ist mehr und umfangreicher, als wir gemeinhin annehmen. Die Erfordernisse der gemeinsamen Lebensbewältigung stehen uns sehr nahe und erlangen einen beträchtlichen Stellenwert. Wenn wir jedoch der Politik nur misstrauisch oder verächtlich gegenüberreten, lernen wir nicht, angemessen mit der Bedeutung der Politik umzugehen. Insofern sind wir alle aufgefordert, uns unvoreingenommen auf das breit angelegte Profil der Politik zu besinnen, um sie besser zu verstehen zu können, um sie gründlicher beurteilen zu können, und um weitaus energischer und zielführender an ihr mitzuwirken.

Es besteht also aller Anlass, das mannigfaltige Erscheinungsbild der Politik aufzuzeigen und ihren Stellenwert gründlich zu erkunden. Darum muss die einfach klingende, aber letztendlich vielschichtige Fragen aufgeworfen werden: »Was ist heute Politik? Aus ihrer Beantwortung ergeben sich zahlreiche überraschende Merkmale, Handlungsfelder und Problemstellungen der Politik.

2. Was wir für bedeutsam halten: Politik als Ordnung

Der Staat, das Recht und die Gesetze

Der Staat ist allgegenwärtig, und dennoch sehen wir ihn nicht. Das macht ihn unheimlich. Unsere gängigen Vorstellungen vom Staat sind auch deshalb geprägt von Phantasien über eine dunkle Macht, die eine undurchsichtige Verfügungsgewalt über das persönliche Leben ausübt. Einige berühmt gewordene bildliche Darstellungen des Staates zeigen genau das: ein Ganzes, das sich aus vielen Einzelteilen zusammensetzt, nämlich den einzelnen Bürgerinnen und Bürgern, und das sorgsam wie streng seine Hoheit über die einzelnen Teile ausübt. Zudem hört man immer wieder die ehrfurchtsvolle, recht altbackene Beschwörungsformel vom »Vater Staat«: Sie deutet auf Autorität, Entscheidungsbefugnis, Sorgfaltspflicht, aber auch schlicht auf gebotene Achtung, erwartete Fügsamkeit und bereitwillige Unterordnung.

Tatsächlich können und müssen wir den Staat oftmals als bevormundenden Befehlsgeber erleben und die Gesetze als ein Wirrwarr an kleinlichen Vorschriften. Der Staat, das Recht und die Gesetze stehen für die Obrigkeit, für strikte Regulierung, für Zwang und für Einschränkungen. So bekommen wir den Staat zu spüren, wenn er in Gestalt des ungeliebten Finanzamts von uns Abgaben einfordert. Der unliebsame Staat ist auch da, wo der Antrag auf Wohngeld zu einer nervenaufreibenden Reise durch den Behördendschungel führt. Der allmächtige Staat steckt hinter der Kamera, die im Bahnhof für unsere Gesichtserkennung sorgt und diese Daten verwertet. Zu ihm gehört auch jene Befugnis der öffentlichen Verwaltung, die darüber bestimmt, ob und wo wir ein Gewerbe ausüben dürfen, welche Schule für unsere Kinder zuständig ist, welche Auflagen wir als Bauherr für den Hausbau zu erfüllen haben. Der Staat blickt hinter jeder roten Ampel hervor, er bestimmt über die Mindestgröße der Äpfel im Supermarkt, er ist verantwortlich für die Sperr-

stunde in der Stammkneipe, für die Lärmkontrolle auf der Gartenparty, für die Qualität der Internet-Verbindung im eigenen Wohnquartier.

Der Staat benutzt das Recht, um uns zu reglementieren. Das Recht dient überhaupt erst der Begründung von Staatlichkeit. Erst die Reichweite einer Rechtsordnung legt den Geltungsbereich staatlicher Macht fest. Jegliche Staatlichkeit ist in ihrer räumlichen Ausdehnung und im Umfang ihrer Regulierungsvollmacht durch eine nationale Rechtsordnung bestimmt – die sogenannte »Verfassung«. Die Verfassung billigt jedem von uns Rechte zu, sie legt uns aber auch gehörige Pflichten auf. Und sie setzt die Machtbefugnis der staatlichen Organe fest. Sie beauftragt und ermächtigt Parlamente und Regierungen, in rascher und dichter Folge Gesetze zu formulieren und zu erlassen. Diese von den staatlichen Organen hervorgebrachten Gesetze sind es, die unser Zusammenleben in mancherlei Hinsicht bis ins kleinste Detail der persönlichen Lebensführung ordnen. Sie bringen einen Wust an Regeln für die Gestaltung der gemeinschaftlichen Existenz hervor und kommen beim Einzelnen oft genug als eine Form der unangemessenen Maßregelung und der Gängelung an. Schließlich übt der Staat auch die Kontrolle über die Einhaltung von Recht und Gesetzen aus, er ordnet Gerichtsverfahren an und verhängt Strafen bei Gesetzesbruch. Er kann so weit über uns verfügen, dass er uns bei erheblichen Verstößen ins Gefängnis bringt. Der Staat, das Recht und die Gesetze sind gebieterische Träger der politischen Herrschaftsgewalt. Und diese äußert sich oft genug als weitreichendes Verfügungsrecht über die Lebensführung seiner Bürgerinnen und Bürger.

Der Verlauf der Corona-Pandemie hat allen entsprechenden Argwohn gegenüber dem Staat und seinen Gesetzen greifbar werden lassen. Staatliche Macht kann in Zeiten der akuten Gesundheitsgefährdung massiv in das Leben der Staatsbürgerinnen und Staatsbürger eingreifen und zahlreiche Auflagen sowie Verbote hervorbringen, denen man sich unter Strafandrohung zu unterwerfen hat. Der Staat behelligt die einzelnen Bürgerinnen und Bürger mit Zwangsmaßnahmen, die tief in die Privatsphäre vordringen. In den Augen derjenigen, die nicht an die zufällige Ausbreitung eines Virus geglaubt haben, sondern von einer weltumspannenden Verschwörung einflussreicher Leute und geheimnisvoller Bösewichte ausgingen, erschien der Staat gar als die Agentur eines unermesslichen Täuschungsmanövers, die eine künstlich erzeugte Bedrohungslage dazu nutzt, Menschen zu belügen und zu unterwerfen. Das wird in einem späteren Kapitel, das dem Thema der »Pandemie« gewidmet ist, noch eingehender erörtert. Der Staat kann jedenfalls unversehens zum Feindbild der freien Selbstentfaltung werden.

In »autoritären« Herrschaftssystemen, in denen zumeist eine verschworene Elite oder eine einzelne Führungsgestalt sehr viel Macht an sich gerissen hat, übt der Staat tatsächlich eine besonders weitreichende Bevormundung aus: Er mischt sich mit einer umfassenden Verfügungsgewalt und Strafbewehrung in zahlreiche Lebensbereiche ein. Wer sich den Anordnungen nicht fügt oder gegen sie aufbegehrt, wird hart bestraft oder aus dem Staatsgebilde vertrieben. Der Staat wird zu einer brutalen Zwangsgewalt.

Wo auch immer wir hinsehen, tritt uns der Staat als eine Einrichtung gegenüber, die mit Hilfe von Vorschriften eifrig reguliert, reglementiert, kontrolliert und bei Zuwiderhandlung bestraft. Der Staat, das Recht und die Gesetze erschaffen eine machtvolle Ordnung, die tief in unser persönliches Leben eingreift. Das alles gilt dann bedauerlicherweise als das herausragende Merkmal von Politik und befeuert ein folgenreiches Missverständnis: Als das einzig bedeutsame Merkmal der Politik erscheint schließlich nur noch die Ordnung, verkörpert von einem übergriffigen Staat und von strengen Rechtsvorschriften, die vornehmlich dazu dienen, die Bürgerinnen und Bürger zu gängeln. Diese können sich kaum mehr als die Urheber und Gestalter der politischen Ordnung betrachten, sondern erfahren sich bloß noch als deren Adressaten und als Untertanen. Die politische Ordnung wird zu einer bürgerfernen, missliebigen, argwöhnisch betrachteten Einrichtung mit umfangreicher Verfügungsgewalt stilisiert.

Eine solchermaßen zugespitzte Auffassung von der Politik erweist sich allerdings als völlig unzureichend. Einerseits stellen der Staat, das Recht und die Gesetze durchaus eine notwendige Einrichtung des Zusammenlebens dar. Der Staat ist als politischer Ordnungsrahmen und als Raum des politischen Zusammenwirkens unerlässlich. Ein bestimmtes Ausmaß an Reglementierung im Bereich der gemeinsamen Lebensbewältigung lässt sich nicht vermeiden. Das Recht und die Gesetze bilden eine unabkömmliche Handhabe, um das Zusammenleben verbindlich zu regeln und zu gestalten. Sie sind unentbehrliche Bestandteile der Politik. Andererseits stellen der Staat und das Recht nur einzelne Elemente in den Erscheinungsformen der Politik dar. Insofern steckt in den eingangs geschilderten Klischees über den durchgreifenden Staat und über die ausufernde Gesetzesflut ein bisschen Wahrheit, aber auch eine gehörige Portion an einseitiger Wahrnehmung und Übertreibung. Es bleiben einige Vorurteile und Missverständnisse hinsichtlich der Rolle des Staates, hinsichtlich der Bedeutung des Rechts und hinsichtlich des Erfordernisses von Gesetzgebung auszuräumen. So